



An die
Vertreterinnen und Vertreter der
Verbände/Institutionen

Per E-Mail

Berlin, 19. Oktober 2019
Geschäftszeichen: PA 14 – 5410-72
Anlagen: 2

Leiterin
Sekretariat PA 14

bearbeitet von:
Juliane Baas
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-31661
Telefon: +49 30 227-32407 (Vz)
Fax: +49 30 227-36307
juliane.baass@bundestag.de
gesundheitsausschuss@bundestag.de

Datenschutzhinweise:
<https://www.bundestag.de/datenschutz>

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Straße 1
10557 Berlin

Einladung zur öffentlichen Anhörung für Verbände und Institutionen

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ausschuss für Gesundheit wird
am Montag, 9. Dezember 2019 von 11.00 bis 12.30 Uhr
Jakob-Kaiser-Haus, Saal 1.302
Wilhelmstraße 68, 10117 Berlin
eine öffentliche Anhörung zu folgenden Vorlagen durchführen:

Gesetzentwurf der Bundesregierung
**Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Freibetrages
in der gesetzlichen Krankenversicherung zur Förderung
der betrieblichen Altersvorsorge
(GKV-Betriebsrentenfreibetragsgesetz – GKV-BRG)**
BT-Drucksache 19/...*

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
**Doppelverbeitragung konsequent beenden – Versicherte
entlasten**
BT-Drucksache 19/...*

Im Namen des Vorsitzenden des Ausschuss für Gesundheit,
Herrn Erwin Rüdell, MdB, lade ich Ihren Verband/
Ihre Institution zu dieser öffentlichen Anhörung – vorbehaltlich
der Genehmigung des Präsidenten – ein und bitte Sie, eine
Vertreterin oder einen Vertreter zu benennen. Eine Liste der
bisher benannten Sachverständigen füge ich diesem Schreiben
bei. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung wird Ihnen
übermittelt, sobald er dem Deutschen Bundestag zugestellt
wurde.

Falls Ihr Verband/Ihre Institution eine Stellungnahme abgeben
möchte, bitte ich um elektronische Übermittlung bis **spätestens
Dienstag, 3. Dezember 2019** (juliane.baass@bundestag.de).



Sie finden alle abgegebenen Stellungnahmen der eingeladenen Sachverständigen und Verbände/Institutionen auf der Internetseite des Deutschen Bundestages <https://www.bundestag.de/ausschuesse/a14/anhoerungen/9-12-19-freibetrag-gkv-668380>

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Anhörung zur Erstellung des Protokolls aufgezeichnet und das Protokoll auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht wird (Einverständniserklärung siehe Rückmeldung).

Bitte informieren Sie das Sekretariat, wenn Sie aufgrund einer Behinderung auf Hilfs- oder Unterstützungsmaßnahmen angewiesen sind.

Sollten Sie nicht an der Anhörung teilnehmen können, bitte ich Sie, dies dem Sekretariat des Ausschusses für Gesundheit möglichst umgehend mitzuteilen. Unter der Rufnummer 030 227-31661 steht Ihnen Frau Baaß für weitere Fragen zur Durchführung der Anhörung gerne zur Verfügung. Ich bitte Sie, die beigefügte Rückmeldung bis **spätestens Dienstag, 3. Dezember 2019** per E-Mail oder Fax zurückzusenden.

Ihre Daten werden im Polizeilichen Informationssystem (INPOL) überprüft und für die Einlasskontrolle verwendet. Nach Beendigung des Besuches werden die Daten gelöscht.

Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass eine Erstattung der Kosten für die Teilnahme an der Anhörung nicht vorgesehen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Mechthild Surholt